

Zum Begriff der „Politischen Klasse“

Dr. Bernhard Weißels, geb. 1955 in Bremen, studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Politologie in Berlin. Von 1982 bis 1989 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, seitdem ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung „Institutionen und sozialer Wandel“ des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Die politische Publizistik bedient sich seit einigen Jahren des Begriffs der politischen Klasse, zumeist verbunden mit negativen Wertungen von rechts wie von links¹ über den Zustand der Politik, manchmal demokratietheoretisch-normativ orientiert, um auf die „negativen Begleiterscheinungen politischer Professionalisierung“² hinzuweisen oder die zunehmenden Ablösungstendenzen der Eliten zu beschreiben.³ Insofern ist der Begriff in Deutschland „in Mode gekommen“, er wurde von den Medien geradezu „hochgespielt“ (v. Beyme). Ohne Zweifel ist Kritik der politischen Klasse, sie, wie Peter Glotz es formuliert, manchmal lächerlich zu machen und, wo nötig, auch ihre Denunziation angebracht. Ein rationales Umgehen mit möglichen Defiziten der Demokratie ermöglicht dies hingegen nicht.

Jedoch hat auch die wissenschaftliche Diskussion in den letzten Jahren die „politische Klasse“ wiederentdeckt. Inzwischen mehren sich die Publikationen in diesem Bereich⁴ und versuchen den analytischen Stellenwert des Konzepts auszuloten. Die Herkunft des Begriffs ist eindeutig bestimmbar: Der italienische Jurist und Politologe Gaetano Mosca (1858 - 1941) hat ihn in

1 Vgl. von Beyme, Klaus, Der Begriff der politischen Klasse — eine neue Dimension der Elitenforschung?, in: Politische Vierteljahresschrift, 33. Jg. (1992), H. 1, S. 4-32, S. 4.

2 Vgl. Weege, Wilhelm, Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen - Ein Überblick über die Politik- und sozialwissenschaftliche Diskussion, in: Thomas Leif/Hans-Josef Legrand/Ansgar Klein (Hrsg.), Die Politische Klasse in Deutschland, Bonn/Berlin 1992, S. 35-64, S. 54.

3 Vgl. von Beyme, Begriff, S. 27.

4 Siehe Klingemann, Hans-Dieter/Richard Stöss/Bernhard Weißels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Opladen 1991; Herzog, Dietrich, Brauchen wir eine Politische Klasse? in: Aus Politik und Zeitgeschichte B50/91, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 3-13; Leif/Legrand/Klein (Hrsg.), Die Politische Klasse, Bonn/Berlin 1992.

seinem Buch „*Elimenti di scienza politica*“ (1896)⁵ geprägt und kann damit wohl als einer der ersten Elitentheoretiker der Neuzeit gelten. Er ging davon aus, daß es „in allen Gesellschaften, von den primitivsten im Anfang der Zivilisation bis zu den fortgeschrittenen und mächtigsten, . . . zwei Klassen (gibt), eine, die herrscht und eine, die beherrscht wird“⁶ - übrigens in bewußter Abgrenzung zu Marx und dessen Annahme, daß eine Gesellschaft ohne ökonomische Klassen auch ohne Herrschaft auskomme. Nach Mosca gibt es also *in jeder* Gesellschaft eine Minderheit, die eine Mehrheit beherrscht.⁷ Ohne Zweifel gerät jedoch die Sichtweise eines derart stark dichotomen (zweigeteilten) - in späteren Arbeiten Moscas zugunsten eines weniger hierarchischen Bildes aufgehobenen - beinahe im Sozialen wurzelnden Elite-Masse-Gegensatz „unter den Bedingungen der formalen Demokratie in akute Erklärungsnot“.⁸ Zudem blieb bei Mosca unbestimmt, wer zur politischen Klasse gehöre. Aber auch die Elitenforschung nach dem Zweiten Weltkrieg hat den Begriff zunächst unspezifisch und synonym zu „Elite“, „Machtelite“, „herrschende Klasse“ und so weiter verwendet.⁹

Die aktuelle empirische Entenforschung hingegen geht davon aus, daß er analytisch gehaltvoll gemacht werden könnte. Klaus von Beyme weist darauf hin, daß man dabei den Begriff der politischen Klasse nicht auf seine „beglaubigte Genesis“ festlegen kann, sondern ihn praktikabel machen muß: „Praktikabel machen heißt neben der begriffstheoretischen Anstrengung den Begriff im Hinblick auf das empirische Material zu operationalisieren.“¹⁰

Was ist und was soll die politische Klasse?

Die aktuelle wissenschaftliche Diskussion sieht - sofern sie dies tut - die Berechtigung für die Verwendung des Konzepts der politischen Klasse vor allem durch die Veränderung der Rekrutierungsmuster gegeben: Professionalisierung, Karrierisierung und Routinisierung bezeichnen heute den Weg in die Politik, Politik wird zum Beruf.¹¹ Ein jüngst vorgeschlagenes Konzept erweitert die Perspektive jedoch und schlägt zwei Dimensionen zur Definition der politischen Klasse vor: Die besonderen Merkmale dieses Aggregats beziehen sich zum einen auf gemeinsame *biographische Faktoren* (Karrieren, Professionalisierung) und zum anderen auf *funktionale Merkmale*, nämlich ihre Aufgabe der politischen Steuerung.¹² In einer demokratischen Gesell-

5 Gaetano Mosca, *Elimenti di scienza politica*, Bari 1896 (Deutsche Übersetzung unter dem Titel „Die herrschende Klasse“, München 1950).

6 Mosca, S. 51.

7 Vgl. Herzog, Dietrich, *Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung*, Darmstadt 1982, S. 14f; Klein, Ansgar, *Politische Eliten in der Demokratie — Zugänge zur Diskussion über die „Politische Klasse“*, in: Leif/Legrand/Klein (Hrsg.), *Die Politische Klasse*, S. 16-34.

8 Meyer, Thomas: SPD, *Politische Klasse und politische Kultur*, in: Leif/Legrand/Klein (Hrsg.), *Die Politische Klasse*, S. 126-190.

9 Vgl. Weege, *Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen*.

10 von Beyme, *Begriff*, S. 5.

11 Vgl. Meyer, SPD, *Politische Klasse und politische Kultur*, S. 175; Demirovic, Alex, *Politische Klasse und demokratische Frage*, in: Leif/Legrand/Klein (Hrsg.), *Die politische Klasse*, S. 442[^]-65, S. 442; Zweifel an der Verwendbarkeit äußert Weege, *Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen*, S. 56.

12 Vgl. Klingemann, Hans-Dieter/Richard Stöss/Bernhard Weßels, *Politische Klasse und politische Institutionen*, in: dies. (Hrsg.), *Politische Klasse und politische Institutionen*, S. 9-36, S. 33.

schaft zählt hierzu die Fähigkeit, „Gegensätze offen zu artikulieren, aber auch friedlich auszugleichen . . . Das bedeutet Kompromißfindung, Koalitionsbildung und problemorientierte Konfliktregulierung“. Politische Kommunikation im Sinne der Vermittlung von Interessen, Zielvorstellungen, Ansprüchen, Werten, Sachwissen und so weiter zum Zwecke problemlösungsorientierter Handlungskoordination gehört also zu den vorrangigen Aufgaben der politischen Klasse.¹³ Die dafür notwendige Macht erwächst der politischen Klasse aus ihrer konstitutiven Eigenschaft, regelmäßig an politischen Entscheidungen beteiligt zu sein.¹⁴ Diese relativ einfache Definition ermöglicht eine klare und eindeutige Abgrenzung der politischen Klasse. Ihre Mitglieder zeichnen sich dadurch aus, daß ein bestimmter Weg in die Politik beschriftet wurde und daß dieser Weg in Amter geführt hat, die politische Entscheidungsmacht beinhalten.

Dieser spezifische Weg in die Politik ist heute mehr als früher dadurch gekennzeichnet, daß er einer beruflichen Karriere zunehmend gleicht. Die Führungsauswahl im politischen System der Bundesrepublik erfolgt überwiegend in langfristigen und kontinuierlichen Karrieren, Spitzenpositionen werden in der Regel nur über bestimmte „Laufbahnen“ (Herzog) erreicht. Die herausragende Rolle bei einer derartigen Karrierisierung als Bedingung politischer Rekrutierung kommt den politischen Parteien zu. Sie kanalisieren den politischen Auswahlprozeß nahezu vollständig. Zwar existieren keine einheitlichen Regelungen des Ausbildungsweges wie in anderen Berufen, gleichwohl gibt es „Lehrzeiten“ und ein durch die Parteien definiertes schrittweises Vorkommen von einer Position zur nächsten.¹⁵ Die Existenz einer politischen Klasse ist also unmittelbar geknüpft an Karrierisierung und Professionalisierung des Weges in die Politik, und dieser Aspekt ist in modernen Demokratien nahezu ausnahmslos verknüpft mit dem Aspekt der Parteiorganisation.¹⁶ Karrierisierung und Professionalisierung bedeuten auch: Politik wird zum Beruf und das schließt ein - und muß dies auch, will man Plutokratie vermeiden - das *Leben von der* und nicht nur für die Politik.¹⁷

Die *funktionale Bestimmung* der „politischen Klasse“ ist unmittelbar verknüpft mit dem Prozeß zunehmender Differenzierung moderner Gesellschaften. Die Sphären der Gesellschaft treten weiter auseinander. Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Politik konstituieren jeweils Systeme eigener Art mit spezifischen Steuerungsformen und -erfordernissen und eigenen Handlungslogiken. Vor dem Hintergrund dieser Differenzierungsprozesse und gleichzeitig wachsender Problemkomplexität wird effiziente politische Steuerung, die die (teil-)autonomen Subsysteme der Gesellschaft koordiniert, zu einer zentralen Aufgabe des politischen Systems, die vornehmlich der politischen Klasse zukommt. Wichtigste Bedingung dabei ist die relative Autonomie des

13 Siehe Herzog, Brauchen wir eine politische Klasse, S.8.

14 Vgl. Klingemann/Stöß/Weßels, Politische Klasse und politische Institutionen, S. 33.

15 Vgl. Herzog, Dietrich, Politische Karrieren, Opladen 1975.

16 Diesen Aspekt mahnt von Beyme an. Siehe ders., Begriff, S. 12.

17 Vgl. Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1976, S. 829f.

Politischen: Die Differenzierungsprozesse haben dazu beigetragen, daß man heute weniger denn je politische Herrschaft identifizieren kann mit der „Herrschaft des Kapitals“, dem „bürokratisch-militärisch-industriellen Block“ oder sonstigen dualistisch geprägten Machttheorien. Vielmehr verfügt das politische System beziehungsweise genauer wiederum ein Subsystem des gesamten politischen Systems über eigene Steuerungs- und Eingriffsressourcen,¹⁸ mit dem es den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchsetzen kann.¹⁹

Zur politischen Klasse gehören danach diejenigen, die über die politischen Steuerungs- und Eingriffsressourcen verfügen können, damit politische Entscheidungsträger sind *und* die den typischen Rekrutierungsweg des Berufspolitikers durchlaufen haben. Es sind also nicht alle politischen Entscheidungsträger der politischen Klasse zuzurechnen, aber — so die These — es werden aufgrund der Auswahlbedingungen politischen Personals zunehmend mehr. Die politische Klasse ist lediglich ein Teil der politischen Eliten oder Führungsgruppen, die individuelle Zugehörigkeit bestimmt sich über die Art der Rekrutierung und die An- beziehungsweise Abwesenheit von Entscheidungsmacht.

Als „Klasse“ läßt sich diese Summe von Individuen im Unterschied zu anderen - breiteren und ungenaueren - Definitionsvorschlägen verstehen, weil sich für sie eine klare Interessenlage (leben von der Politik) und ein Identität stiftender sekundärer Sozialisationsprozeß (politische Karriere) ausmachen läßt; weil sie im Sinne des Erwerbsklassenkonzepts von Max Weber die Chancen der Marktverwertung ihrer Leistungen monopolisiert haben (zum Beispiel Diäten); und weil sie weitreichende Kontrolle über eine zentrale gesellschaftliche Ressource, nämlich politische Macht innehaben.²⁰ Schließlich erfüllt die politische Klasse auch noch die Bedingung, eine soziale Klasse im Sinne Max Webers zu sein, weil sie nicht prinzipiell sozial abgeschottet, eben kein ererbter Stand ist, ein „Eintreten“ persönlich oder in der Generationenfolge möglich ist.

Die Macht zur *politischen Herrschaft* ist ein zentrales Merkmal der politischen Klasse, auch wenn er in der funktionalen Bestimmung, die Mitglieder der politischen Klasse hätten die Aufgabe der politischen Steuerung und seien ihrer Rolle nach „Kommunikationsspezialisten“ oder „Kommunikationsingenieure“, zu verschwinden scheint. Die Möglichkeit der Mitglieder der politischen Klasse, über Kommunikation im weitesten Sinne handlungskoordiniert zu wirken, stützt sich gerade darauf, daß sie als Entscheidungsträger mit Sanktionen drohen und sich kollektiv auch des staatlichen Monopols physischer Gewaltsamkeit bedienen können.²¹ Aufgrund dieser Eigenschaft und nur unter dieser Bedingung sind sie Mitglieder der *politischen Klasse*.

18 S. zur theoretischen Begründung Dieter Fuchs, Eine Metatheorie des politischen Prozesses, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 1992 (unveröff. Manuskript).

19 So Max Webers Definition von Macht. S. ders., *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 28.

20 S. zum Klassenkonzept Max Webers ebd. S. 177f., S31ff.

21 S. hierzu auch Demirovic, Politische Klasse und demokratische Frage, S. 453f.

Legt man diese enge Definition an die empirische Realität an, so wird man zugegeben kaum eine große Klasse im Sinne vieler Mitglieder finden. Politische Entscheidungsmacht ist in demokratischen Systemen zumeist eindeutig lokalisierbar in der Legislative und Exekutive. Der Einwand jedoch, daß damit schon rein zahlenmäßig die Voraussetzungen für eine Abgrenzung als eigenständige Klasse nicht erfüllt seien,²² ist in diesem Zusammenhang fehl am Platz. Klassen sind eben nicht durch ihre Größe, sondern ihre soziale Bedeutung im sozialen Gefüge, insbesondere auch durch Gegensätze wie zwischen Herrschenden und Herrschaftsunterworfenen definiert. Vielmehr erscheint gerade diese enge Definition der politischen Klasse deshalb analytisch besonders geeignet, weil sie sich sowohl in zeitvergleichender als auch in ländervergleichender Perspektive als ausgesprochen sensibel gegenüber Veränderungen auszeichnen dürfte.

Was tut die politische Klasse?

Um die Beurteilung der politischen Eliten und der politischen Klasse in der Bundesrepublik ist es nicht gut bestellt. Die Kritik der „Klüngelwirtschaft“ und „Selbstbedienungsmentalität“ mündet inzwischen sogar ein in Behauptungen, die Vorteilsnahme von Politikern sei eine Systemeigenschaft, beziehungsweise es existierten wahre Systeme der Vorteilsnahme.²³ Ohne Zweifel hat die Tatsache der Versorgung von Politikern mit Geld und Posten sehr viel damit zu tun, daß Politik zu einem Hauptberuf geworden ist. Die Frage ist, ob man - ausgenommen solche „Selbstversorgungsmaßnahmen“, die tatsächlich rechtlich zu sanktionieren sind - von der angemessenen Alimentierung und Versorgung der Politiker in einer Demokratie absehen kann. Wie schon Max Weber am Anfang dieses Jahrhunderts feststellte, würde die Leitung eines Staates durch Leute, die ausschließlich für die Politik und nicht von der Politik leben, notwendig eine „plutokratische“ Rekrutierung der politisch Führenden bedeuten - Menschen also, die Geld und Vermögen haben und nicht von der Politik leben müssen. Damit aber ist eine demokratische, auf dem Prinzip der gleichen und freien Wahl basierende Rekrutierung, die sich nicht selbst widersprechen will, gebunden daran, daß Politiker von ihrem Beruf leben können und darüber hinaus für das Risiko, nicht wiedergewählt zu werden, entsprechend abgesichert sind, denn sonst würde wohl kaum jemand die relative Sicherheit des Privatberufs aufgeben.²⁴ Gleichwohl ist die Rekrutierung von Politikern durch starke Unterschiede in der Wahrnehmung von Politikern und Bevölkerung geprägt. Die Bevölkerung will professionelle Politik, aber keine professionellen Politiker, die Notwendigkeit spezifischer politischer Kompetenz und einer entsprechenden „Berufsausbildung“ wird

22 So z. B. Weege, Politische Klasse, Elite, Establishment, Führungsgruppen, S. 55.

23 So zumindest für die lokale Politik Scheuch, Erwin K/Ute Scheuch, Inner- und Zwischenparteiliche Interessenverflechtung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34—35/92, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 36-44, S. 35ff.

24 Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, S. 830f. Schon für seine Zeit stellte er fest: „Heute sind es Ämter aller Art in Parteien, Zeitungen, Genossenschaften, Krankenkassen, Gemeinden und Staat, welche von den Parteiführern für treue Dienste vergeben werden.“

häufig bestritten.²⁵ Empirisch läßt sich jedoch in den letzten dreißig Jahren ein deutlicher Trend zum Berufspolitiker feststellen. Unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages ist der Anteil derjenigen, die ihre berufliche Karriere von vornherein der Politik widmeten, zwischen 1969 und 1983 von 19 auf 25 Prozent gestiegen.²⁶ Der hier vorgeschlagenen Definition nach wären demnach inzwischen mindestens 25 Prozent der Abgeordneten zur politischen Klasse zu zählen. Die Professionalisierung der Politik drückt sich auch aus in der sich seit 1949 stetig erhöhenden Wiederwahlhäufigkeit von Abgeordneten und der entsprechend immer länger werdenden Amtszeit. Die spiegelbildliche Konsequenz ist ein fast stetig sinkender Anteil neu hinzukommender Abgeordneten im Deutschen Bundestag.²⁷ Diese Ergebnisse können in ihrer Tendenz als für die gesamte politische Klasse zutreffend angesehen werden.

Hinter derartigen Entwicklungen, die systemtheoretisch neutral als Ergebnis von Differenzierungsprozessen aufgefaßt werden können, verbirgt sich die Gefahr der Verkrustung der Politik und ihrer Abkoppelung von und ihre Verselbständigung gegenüber der Gesellschaft. Dieser Eindruck verstärkt sich noch durch die starke „selbstbezogene“ Kommunikation der Politiker: Sie handeln, so könnte man meinen, primär mit Blick auf ihre persönliche Medienwirkung, beziehen aber andererseits zu einem nicht unbeträchtlichen Anteil ihre Kenntnisse aus den von ihnen selbst mit beeinflussten Medieninhalten.²⁸ Gleichwohl ist der Kommunikationsradius der politischen Klasse nicht so beschränkt, wie der oberflächliche Eindruck nahelegt. Nimmt man wiederum die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zum Maßstab, zeigt sich, daß sie in ein hochdifferenziertes Kommunikationsnetzwerk sowohl auf Bundes- als auch auf lokaler Ebene eingebunden ist. Auf Bundesebene gehören die Medien zwar zu den häufigsten Kommunikationspartnern, sie sind aber mitnichten die einzigen. Mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, sozialen und kulturellen Organisationen, der Wissenschaft und selbst den Bürgerinitiativen wird ebenfalls regelmäßig Kontakt gesucht. Auf der lokalen Ebene sind es an erster Stelle die eigene Parteiorganisation, die Bürger im Wahlkreis, die Behörden und Journalisten neben den lokalen Vereinen und Interessenorganisationen. Die empirisch gefundene Vielfalt und Häufigkeit der Kontakte von Abgeordneten relativiert den Eindruck des Verlustes an kommunikativer Rückbindung und Abschottung der politischen Klasse beträchtlich.²⁹

25 Vgl. von Beyme, Begriff, S. 19; Kleinert, Hubert, Die Krise der Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34—35/92, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 15-25, S. 22; Rebenstorf, Hilke, Steuerung des politischen Nachwuchses durch die Parteiführungen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 34—35/92, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, S. 45-54, S. 52.

26 Vgl. Kaack, Heino, Die soziale Zusammensetzung des Deutschen Bundestages, in: Thaysen, Uwe/Davidson, Roger H./Livingston, Robert G. (Hrsg.), US-Kongreß und Deutscher Bundestag—Bestandsaufnahmen im Vergleich, Opladen 1988, S. 128-151, S. 131f.

27 Vgl. Schindler, Peter (Hrsg.), Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1982, Bonn 1983, S. 175f.

28 Vgl. Demirovic, Politische Klasse und demokratische Frage, S. 461.

29 Siehe Herzog, Dietrich/Hilke Rebenstorf/Caimlla Werner/Bernhard Weißels: Abgeordnete und Bürger, Opladen 1990, Kap. 2.

Daß sie dabei nicht nur am Rande nationaler Kommunikationsnetzwerke mit Relevanz für politische Entscheidungsprozesse stehen, zeigen die Analysen der Interaktionsstrukturen zwischen Elitenmitgliedern aller gesellschaftlicher Sektoren: Etwa 40 Prozent der Mitglieder des zentralen Zirkels dieses Inter-Elitennetzwerks sind Politiker. Es sind diese Netzwerke, die den informellen Austausch von Informationen ermöglichen und es der politischen Klasse und den politischen Führungsgruppen erlauben, kontroverse Standpunkte bereits im Vorfeld abzuklären und in Entscheidungen mit einzubeziehen. Zwar garantiert die zentrale Rolle, die gewählte Politiker in diesen Strukturen spielen, weitgehend ihren demokratischen Charakter.³⁰ Neben dem Vorteil politischer Effizienz können derartige Strukturen aber auch zu einer Kartellierung von bestimmten Interessen einerseits und zu einer Zurückhaltung gegenüber bestimmten Interessen, zum Beispiel ökologischen und solchen der „neuen Politik“ andererseits führen.

Dieser Vorwurf ist insbesondere im Zusammenhang mit den neo-korporatistischen Arrangements in westlichen Gesellschaften erhoben worden. Die korporative Struktur des Interessenvermittlungssystems hätte eine systematische Nichtberücksichtigung nicht-produktivistischer Interessen zur Folge, die Reaktion hierauf sei das Entstehen neuer sozialer Bewegungen. Derartige Aussagen können auf der Makroebene durchaus empirische Plausibilität für sich beanspruchen. Überall dort, wo korporatistische Arrangements besonders ausgeprägt sind, haben sich aus neuen sozialen Bewegungen neue, zumeist grüne Parteien gebildet.³¹ Gleichwohl stellt sich die Frage, ob dieses Phänomen in dem Verhalten politischer Führungsgruppen und der politischen Klasse oder in dem Charakter politischer Institutionen zu suchen ist, die, wie Bermbach es formuliert, durch den Wertewandel und die damit verbundene politische Mobilisierung überfordert sind, weil ihnen Entscheidungen (und Entscheidungsverfahren) abverlangt werden, auf die hin sie sich nicht entwickelt haben.³²

Empirische Ergebnisse über die Abgeordneten des Deutschen Bundestages belegen, daß zumindest dieser Teil der politischen Führungsgruppen und der politischen Klasse in dieser Beziehung besser ist als ihr Ruf. Zum einen sind die Wertvorstellungen der neuen Politik nicht beschränkt auf die Abgeordneten der Grünen, sondern gehen quer durch alle Fraktionen, insbesondere die SPD. Zum anderen stellen sie gegenüber denjenigen mit Orientierungen an traditionellen Politikzielen wie Wachstum, technischem Fortschritt, Sicherheit und Ordnung und so weiter keine Minderheitenposition dar. Zudem zeigt sich, daß auch Vermittlungsprozesse qua Kommunikation ihre positiven Effekte haben: Die Übereinstimmung in den politischen Zielvorstellungen ist regelmäßig zwischen den Bevölkerungsteilen und gesellschaftlichen Inter-

30 Vgl. Hoffmann-Lange, Ursula, *Eliten in der Bundesrepublik Deutschland*, Habilitationsschrift, Universität Mannheim 1990, S. 344ff.

31 Vgl. Kitschelt, Herbert, *Left-Libertarian Parties*, in: *World Politics*, Vol. XL 1988, S. 194-234; Müller-Rommel, Ferdinand, *Erfolgsbedingungen grüner Parteien in Westeuropa*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 33. Jg. (1992), S. 189-218.

32 Vgl. Bermbach, Udo *Demokratietheorie und politische Institutionen*, Opladen 1991, S. 138.

essen und denjenigen Abgeordneten am größten, die am stärksten miteinander in Kontakt stehen. Die Kommunikationsstruktur der Abgeordneten entspricht dabei im Durchschnitt am ehesten dem Interessenprofil ihrer jeweiligen Wählerschaften.³³

Neben diesen Vorwürfen der Abkoppelung der Politik von der Gesellschaft, ihrer Selbstbezogenheit und ihrer ungenügenden Reaktionsfähigkeit gegenüber neuen Ziel- und Wertorientierungen, die aufgrund der vorliegenden empirischen Ergebnisse zumindest teilweise als entkräftet angesehen werden müssen, ist einer der schwerwiegendsten Vorwürfe die geringe Gestaltungskraft der Politik. Auch hier muß man danach fragen, ob sich darin eine elementare Schwäche der politischen Klasse ausdrückt.³⁴ Richard von Weizsäcker hat bemängelt, daß die politische Aufgabe der Führung und Konzeption in der gegenwärtigen Politik zu kurz komme. Andere konstatieren die Konzeptionslosigkeit, die Mutlosigkeit und den Opportunismus der politischen Klasse. Soviel an dieser Kritik berechtigt sein mag, die Suche nach den Ursachen für die Defizite der Politik darf nicht stehenbleiben bei dieser subjektiven Seite, sondern muß auch nach den strukturellen Bedingungen politischer Handlungsspielräume und ihrem Wandel fragen. Zum einen ist hier das Problem zu benennen, das Ulrich Beck „Subpolitik“ und das Peter Glotz „Entscheidungs- teilung“ genannt hat. Entwicklungen und Entscheidungen in Wirtschaft und Technologie prägen heute oftmals die gesellschaftliche Entwicklung mehr als die Politik. Die Konsequenz ist, daß Politiker manche Entwicklungen nur mehr kommentieren, nicht aber gestalten können. Gleichzeitig gibt es einen wachsenden Problemdruck und komplexer werdende Herausforderungen bei gleichzeitig knapper werdenden finanziellen Ressourcen des Staates. In einer derartigen Situation wäre zwar Kreativität mit Realitätssinn besonders geboten, es ist dies aber zugleich eine der schwierigsten Situationen für den Entwurf machbarer Politikalternativen. Ebenso schwierig ist es, Indikatoren zu benennen, nach denen sich die Kreativität, die Effizienz und die Leistungen der politischen Klasse bestimmen lassen. Am ehesten mag hier noch der internationale Vergleich aussagekräftig sein. In den meisten Feldern, sei dies Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik, Sozialpolitik oder auch der Umweltschutz, braucht die Bundesrepublik den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Gleichwohl, der Verdacht liegt nahe: Defizite bleiben - in der Effizienz wie im demokratischen Charakter der politischen Klasse.

Wie umgehen mit der politischen Klasse?

Eine Gruppierung wie die politische Klasse wirft ohne Zweifel ein zentrales Problem auf: das der demokratischen Kontrolle. Eine durch Parteiapparate maßgeblich bestimmte Rekrutierung des politischen Personals verbunden mit

33 Siehe Weßels, Bernhard, Abgeordnete und Bürger: Parteien und Wahlkreiskommunikation als Faktoren politischer Repräsentation, in: Klingemann/Stöss/Weßels (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, S. 325-356; ders., Politische Repräsentation: Kommunikation als Transmissionsriemen alter und neuer Politik, in: Dietrich Herzog/Hilke Rebenstorf/Bernhard Weßels (Hrsg.), Abgeordnete und Gesellschaft, Opladen (erscheint 1992/93).

34 Vgl. zu folgendem Kleinert, Die Krise der Politik.

der Verteilung der schwergewichtigen Ressource politischer Entscheidungsmacht, machen die benannten und öffentlich diskutierten Kritikpunkte zu realen Gefahren. Wird die demokratische Mitwirkung der Bürger begrenzt auf die Überprüfung der Entscheidungseffizienz der politischen Klasse, dann verkommt die demokratische Frage zur Frage nach dem Verantwortungsethos der Politiker.³⁵

Andererseits ist die Professionalisierung von Politik und die Ausstattung des politisch-administrativen Systems mit effektiven Eingriffsressourcen (Macht) ohne Alternative: Wie anders sollten ungewünschte Nebenfolgen der Handlungen von Akteuren anderer Subsysteme unterbunden oder kompensiert werden, wie eine Handlungskoordination zwischen Akteuren unterschiedlicher Subsysteme vorgenommen werden, wenn nicht auf der Basis von politischer Kompetenz und politischer Macht? Derartige Prozesse sind stark kommunikationsabhängig. Der Bedarf an Kooperation und Koordinierung zwischen den Interessen und Sphären der Gesellschaft ist hoch. Damit verknüpft sich die Hoffnung, daß derartige Aushandlungsprozesse auch Ausdruck gesellschaftlicher Interessenvielfalt bleiben.³⁶ Darüber hinaus jedoch kann eine aktive Kontrolle der politischen Klasse und die Förderung ihrer politischen Kreativität wohl nur darin bestehen, sie (wie bisher) durch eine aktive Beteiligung institutioneller wie nicht-institutioneller Art auf Seiten der Bürger zur breiten Kommunikation zu nötigen. Dies wäre die „Bändigung der politischen Klasse“³⁷ durch gesellschaftsnahen Diskurs.

³⁵ Vgl. Klein, Politische Eliten in der Demokratie, S. 23ff.

³⁶ Ebd., S. 26.

³⁷ Meyer, SPD, Politische Klasse und politische Kultur, S. 188.